

**XIX. GP-NR****Nr.**

812/1J

**1995 -03- 20****ANFRAGE**

der Abgeordneten Hannelore Buder, Annemarie Reitsamer  
und Genossen

an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten  
betreffend die Haltung Österreichs zur Frage der Menschenrechte in der Türkei

Mit geradezu erschreckender Gesetzmäßigkeit hat sich die Logik der Gewalt in den Kurdengebieten der Türkei durchgesetzt. Auf beiden Seiten kommt es verstärkt zu blutigen Übergriffen und gravierenden Menschenrechtsverletzungen, die eine politische Lösung des Jahrzehntelangen Konflikts in weite Ferne rücken lassen.

Entscheidender als die Zollunion mit der Europäischen Union ist für die zukünftige politische und wirtschaftliche Stabilität der Türkei ein historischer Kompromiß mit ihren kurdischen BürgerInnen, die mit 20 % Anteil an der Gesamtbevölkerung eine beachtliche nationale Minderheit darstellen ! In einer Welt wachsender gegenseitiger Abhängigkeit kann und darf es nur mehr politische Lösungen geben, so komplex die Konfliktursachen auch sind. Das kurdische Volk hat ein Recht auf kulturelle Selbstbestimmung und Autonomie. Dies muß nicht zu einem eigenen kurdischen Staat führen. Die volle Gewährleistung der politischen und kulturellen Autonomie im Rahmen föderativer Staatsstrukturen ist auch für viele Vertreter des kurdischen Volkes ein sinnvoller Lösungsansatz.

So hat sogar der Generalsekretär der Arbeiterpartei Kurdistans, Abdullah Öcalan, in mehreren Erklärungen und Interviews die Bereitschaft zu einem sofortigen Waffenstillstand und zur Aufnahme eines Dialoges ohne Vorbedingungen deponiert und insbesondere darauf hingewiesen, daß von kurdischer Seite keineswegs - wie dies von der türkischen Regierung unter dem Vorwurf des Separatismus' immer noch behauptet wird - die Gründung eines eigenen Staates angestrebt wird. Im Lichte der unveränderten Leugnung eines Kurdenproblems an sich durch die türkische Regierung und dessen Reduzierung auf eine Auseinandersetzung mit "Separatisten" und "Terroristen", woraus die dem Völkerrecht und allen Menschen- und Minderheitenrechtlichen Mindeststandards widersprechende Legitimation zu einem ausschließlich militärischen Lösungsansatz des Problems abgeleitet wird, erscheint eine abgestimmte Haltung der Staatengemeinschaft und daraus resultierende gemeinsame Aktionen dringend geboten.

Eine politische Lösung der Kurdenfrage ist nicht nur für die Türkei, sondern für die Stabilität der gesamten Region von großer Bedeutung und liegt im sicherheitspolitischen Interesse ganz Europas. Sie würde der europäisch-türkischen Zusammenarbeit neue Impulse geben, den

BürgerInnen der Türkei weitreichende wirtschaftliche Perspektiven eröffnen und damit auch dem anwachsenden islamischen Fundamentalismus den Boden entziehen.

Angesichts der Dringlichkeit einer politischen Lösung, die auch im Interesse Österreichs liegt, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten nachstehende

**Anfrage:**

1. Die Verwirklichung der Zollunion der Türkei mit der Europäischen Union bedarf auch der österreichischen Zustimmung. Welche Haltung nehmen Sie im Lichte der von überwiegender Mehrheit getragenen Ablehnung durch das Europaparlament in dieser Frage ein ?
2. Teilen Sie die kürzlich geäußerte Auffassung des Vorsitzenden der christdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag, Wolfgang Schäuble, daß eine Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union abzulehnen sei ? Wenn nicht, zu welchem Zeitpunkt und zu welchen Bedingungen sollte die Türkei in die Europäische Union aufgenommen werden ?
3. Wie stehen Sie zu dem Antrag auf Suspendierung der türkischen Europaratsmitgliedschaft, der kürzlich von deutschen Europaratsabgeordneten eingebracht wurde ?
4. Welche Haltung wird Österreich zum kurdischen Exilparlament einnehmen, das ausdrücklich nicht mit dem Ziel einer Loslösung von der Türkei im Hinblick auf einen eigenen Staat, sondern zur Unterstützung der internationalen Artikulation der Kurden bei ihrer Suche nach einer politischen Lösung gegründet wurde und welches sich nach Zeitungsberichten am 21. März 1995 konstituieren soll ?
5. Teilen Sie die Auffassung, daß es ohne Beteiligung der Arbeiterpartei Kurdistans keine Formel zu einer friedlichen Lösung des Kurdenkonflikts geben wird ?
6. Welche Schritte unternehmen Sie, um die Herbeiführung der von OSZE (früher KSZE) bzw. OSZE (KSZE)-Parlamentarierversammlung beschlossenen Missionen (Beobachter) in die türkischen Kurdengebiete zu unterstützen bzw. trotz der diesbezüglich ablehnenden Haltung der türkischen Regierung zur Durchführung zu bringen ?

7. Werden Sie in absehbarer Zeit im Rahmen der EU eine Initiative ergreifen mit dem Ziel, einen Grundsatzbeschuß zur Durchführung einer gemeinsamen Aktion nach den Bestimmungen über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik herbeizuführen, der auf eine politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts als Voraussetzung für eine neue Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Türkei abzielt ?